

Jeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Jßelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagssort: Bocholt.
Postverlagssort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abbestellung von der Geschäftsstelle 45 Pf. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 M. monatlich, einschließlich 25 Pf. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 42 Pf. wöchentlich, einschließlich 25 Pf. Botenlohn. Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Jeno-Zeitungen 10 Pf. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pf. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslakenstraße 55 (H. Glor), Burloer Weg 3 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (H. Unland), Sackentstraße 60 (H. Stollte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (H. Bodes), Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 78.

Nummer 174

Donnerstag, den 25. Juni 1936

Jahrgang 1936

Sturmjzenen in der belgischen Kammer

Die Flamen verlangen flämisch als Amtssprache. / Die Regierungserklärung.

Erregte Auftritte.

O Brüssel, 24. Juni.

Das neue belgische Parlament ist am Dienstag zusammengetreten. Gleich die beiden ersten Sitzungen nahmen einen sehr unruhigen Verlauf, der sich in der Sitzung am Mittwoch bei der Verlesung der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten van Zeeland zu Tumultjzen steigerte und zu dem geschlossenen Verlassen des Sitzungssaales durch die Mitglieder des nationalen flämischen Blöds führte.

Bei der Eröffnungssitzung waren die Tribünen überfüllt. Das Hauptinteresse richtete sich diesmal auf die zum erstenmal im belgischen Parlament erschienenen 21 Vertreter der Reg.-Bewegung, die in geschlossener Zuge das Parlament betrat. Der Führer der Bewegung, Degrelle, gehört vorläufig noch nicht dem Parlament an. Schon ein frühlicher Blick in den Sitzungssaal zeigte wiederum, daß das belgische Parlament durch die Neuwahlen eine bedeutende Veränderung erfahren hat. Die stark liberalisierte Kammer hat sich vergrößert. Die junge Generation ist nämlich auf der Bank der Rechten und der Nationalflamen vertreten.

Die Sitzung begann mit einem kleinen Zwischenfall, als der Alterspräsident an die neuen Abgeordneten eine kurze Ansprache richtete. Von den Banken der Nationalflamen erhoben sich sofort Rufe: „Wir verstehen diese Sprache nicht“. Die Aufregung legte sich erst, als der Sprecher Tollenbere die Worte des Präsidenten ins Niederländische übertrug. — Bei der Prüfung der Mandate konnte man das starke Übergewicht der Flamen in der neuen Kammer feststellen. Die meisten Abgeordneten leisteten nämlich den Eid in flämischer Sprache. Geradezu sensationell wirkte es, als der Reg.-Vertreter von Eupen, Rechtsanwalt Wintgens, den Eid laut und vernünftig in deutscher Sprache leistete. Jedemal wenn ein Vertreter der Rechten oder ein Nationalflame den Eid sprach, erhoben von den Banken der Sozialdemokraten und Liberalen höhnische Zurufe.

Zu dem ersten heftigen Zusammenstoß zwischen Rechten und Sozialdemokraten kam es, als der Vorsitzende nach einer mehrstündigen Beratung vorschlug, die Sitzung abzubrechen und die Neuwahl des Präsidiums auf Mittwoch zu verlegen. Der Reg.-Abgeordnete Ollivier aus Brüssel widersprach unter Hinweis auf den Ernst der Lage im Lande. Die Sozialdemokraten machten während der Rede Olliviers einen ungeheuren Lärm, um seine Ausführungen unverständlich zu machen. Als auch der Kommunistenführer Jacquemotte die sofortige Wahl des Präsidiums forderte, damit eine Aussprache über die Streiks und die Lage der Arbeiter stattfinden könne, flüchteten die Rechten lebhaften Beifall. — Die Kammer schritt dann zur Wahl des Präsidiums. Zum Vorsitzenden wurde der sozialdemokratische Antwerpener Oberbürgermeister Kamel Hunsmans, zum Stellvertreter der flämische Abgeordnete Mart van dem Hofstede der Katholischen Partei gewählt.

Auch die Sitzung der Kammer am Mittwoch nahm einen teilweise kühnlichen Verlauf. Als Ministerpräsident van Zeeland mit der Verlesung der Regierungserklärung begann, forderten die Mitglieder des nationalen flämischen Blöds mit heftigen Zurufen den Ministerpräsidenten auf, seine Erklärung nicht in französischer, sondern in flämischer Sprache vorzutragen.

Der Tumult war so groß, daß van Zeeland zunächst nicht mehr zu Wort kommen konnte. Mehrere flämische Abgeordnete standen auf und erhoben Einsprüche dagegen, daß heute noch im Parlament der französischen Sprache offiziell der Vorrang gegeben werde, obwohl die Mehrheit sich aus Flamen zusammensetze.

van Zeeland wollte beschwichtigend wirken, indem er erklärte, daß zum Ausgleich im Senat die Regierungserklärung zuerst in flämischer Sprache verlesen und dann erst in französische übersetzt werde. Diese Erklärung van Zeelands hatte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Verschiedene Nationalflamen entgegneten, für sie sei es eine grundsätzliche Forderung, daß künftig flämisch die offizielle Sprache sei, die mit Rücksicht auf die flämische Mehrheit Belgiens den Vorrang vor dem Französischen verdiene.

Der Kammerpräsident Hunsmans, der selbst Flamen ist, konnte in dem allgemeinen Lärm weder sich noch dem Ministerpräsidenten Gehör verschaffen. Schließlich legte sich der Sturm, und van Zeeland konnte seine Erklärung in französischer Sprache vorlesen. Am Schluß kam es jedoch zu neuen Zwischenfällen, als Finanzminister de Man (flämischer Sozialist) auf die Rednertribüne trat, um die Regierungserklärung ins Flämische zu übersetzen.

Unter lauten Protestrufen verließen die Mitglieder des nationalen flämischen Blöds geschlossen den Sitzungssaal mit der Erklärung, daß sie an der Überlegung einer französischen Rede kein Interesse hätten.

Die Regierungserklärung van Zeelands.

Ministerpräsident van Zeeland begann seine Erklärung mit dem Hinweis, daß die neue Regierung in einem besonders schwierigen Augenblick

gebildet worden sei. Probleme von außergewöhnlichem Ernst hätten sofort in Angriff genommen werden müssen. Der Ministerpräsident stellte sodann die einzelnen Maßnahmen auf, die die Regierung auf politischem Gebiet unter dem Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten zur Beruhigung der Massen ergreifen habe und die teilweise schon in Form von Gesetzentwürfen dem Parlament zugegangen seien. Es handelte sich um die Angleichung der Löhne, die grundsätzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, die allgemeine Einrichtung von Kollektivverträgen und paritätischen Kommissionen in der Industrie, die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts, die Reform der Arbeitslosenversicherung und der Alterspensionen und die Fortsetzung der öffentlichen Arbeiten. van Zeeland stellte ferner in Aussicht, daß die Regierung dem Siedlungsweien künftig ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde.

Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen kündigte er im wesentlichen an, daß das Programm der früheren Regierung fortgesetzt werde. Er teilte jedoch mit, daß die Waffenfabrikation und gewisse Industriezweige, die den Charakter von Monopolen erhalten hätten, unter Staatskontrolle gestellt würden, um die Wahrung der öffentlichen Interessen wirksamer zu gestalten.

Ein Teil des Regierungsprogramms ist gewissen politischen Teilreformen gewidmet, als deren Zweck eine stärkere Stabilisierung der Exekutive und die Herstellung einer Verbindung zwischen den politischen (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Die französischen Mittelmeerhäfen unter rotem Terror.

Matrosen erbrachen die Vorratskammern.

Der Hafenverkehr in Marseille lahmgelegt.

Paris, 24. Juni.

Der „Matin“ berichtet, daß sich die Streikbewegung im Marceller Hafen weiter ausgedehnt habe. Ueber 68 Schiffe hielten die rote Fahne, rund 4000 Streikende hielten die Schiffe, die die von ihren Kapitänen und Offizieren verlassen worden seien, besetzt. Der Hafenverkehr ruhe völlig. Ein einziges Schiff, das Feuerwehrrboot „Marte“, das der Handelskammer gehöre, habe nicht die rote Fahne gesetzt.

Einige wenige Schiffe, die noch im Laufe des Tages ohne Schlepperhilfe in den Hafen eingelaufen waren, — die meisten ausländischen Schiffe werden auf andere Häfen umgeleitet — konnten ihre Postladung, leicht verderbliche Lebensmittel und Passagiere noch abladen, woran sich aber sofort die Arbeitsniederlegung und Besetzung der Schiffe anschloß.

Die Verpflegung der Streikenden wird, soweit möglich, aus Schiffsvorräten beschafft, wobei es, wie der „Matin“ weiter meldet, sogar zu gewaltsamen Aufbrechen der Türen zu den Vorratskammern gekommen sein soll.

Der Streik haben sich nicht nur die Matrosen der Hafenrundfahrtschiffe, der Schlepper und auch der kleinsten Boote angeschlossen, sondern sogar die Schiffsreparaturarbeiter, die Schiffsanreicher und die Dockarbeiter.

Der „Ami du Peuple“ berichtet, daß sich die Streikbewegung auch auf die anderen französischen Mittelmeerhäfen ausdehnen beginne. So sei der Verkehr des Hafens Port-Vendres völlig stillgelegt. Auch hier wehe die rote Fahne an den Masten der Schiffe. Das Blatt erklärt, diese Vorfälle ließen darauf schließen, daß der Bolschewismus im Anmarsch sei.

Hausfrauen gegen Streikende.

Paris, 23. Juni.

In Paris streikt die Belegschaft der Gaswerke. Da sich daraus für die Bevölkerung erhebliche Unzulänglichkeiten ergeben, beantragte der Bürgermeister beim Interpräsenten die Gasanstalt von den Streikenden räumen und den Betrieb durch Angehörige der Marine fortzuführen zu lassen. Das Geis wurde an das Arbeitsministerium weitergeleitet. Inzwischen haben die Hausfrauen von Paris vor dem Gaswerk demonstriert und lebhaft gegen die Streikenden Stellung genommen.

Bei den Automobilwerken Chenard und Walder in Paris ist es infolge von Unstimmigkeiten bei der Einführung des Einheitsarbeitsvertrages zu erneuten Arbeitsniederlegung gekommen. Die Belegschaft hat die Werte in der nun schon üblichen Weise besetzt. Die im Luftfahrtministerium geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und der Direktion der Flugzeugbauwerke Latécoere und Dornier in Toulouse haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeiter haben daraufhin den Streik erklärt und die Werkstätten besetzt.

Die Stadt Versailles ist seit Dienstag ohne Straßenbahnverkehr, da die Angestellten der Straßenbahngesellschaft in den Ausstand getreten sind.

Versuch zur Höflichkeit.

Zur gleichen Stunde, da in Frankreich eine Ausgabe der radikalsozialistischen „Republique“ auf die Straße kam, in der Daladier mit Genugtuung die Ablehnung einer „Erbschaft“ zwischen Frankreich und Deutschland durch Marshall Petain begrüßt, zur gleichen Stunde ferner, in der Baldwin im Unterhaus nun schon zum zweiten Mal die Anregung einer Verständigung zwischen England, Deutschland und Frankreich gab, brachte die außenpolitische Regierungserklärung des Kabinetts Blum zwei Dinge, die es in keiner einzigen französischen Regierungserklärung der zahlreichen Nachkriegskabinette bisher gegeben hat. Außenpolitik wird nur durch sehr handgreifliche Gegenständlichkeiten und sehr nüchterne Tatsachen, nicht aber durch Gefühlsmomente bestimmt. Aber wir wollen hinter den Herren Blum und Delbos nicht zurückbleiben und gern feststellen, daß die von ihnen verlesene Darstellung der außenpolitischen Lage Frankreichs zum ersten Mal so gut wie frei von direkten Angriffen, Gefühlsregungen und böswilligen Verleumdungen war. Keine einzige französische Regierung hat bisher auf vergleichbare läbliche Kampfmittel verzichtet, und ein Briand unterschied sich in seiner Haltung sowohl als Ministerpräsident wie als Außenminister von seinen Vorgängern und Nachfolgern nur durch die glattere Form.

Das zweite Moment, was wir als neu freundlich festzustellen haben, ist die Erklärung, daß an dem Wort des Frontkämpfers Adolf Hitler nicht gezwweifelt werden solle. Eine solche Feststellung aus maßgeblichem französischem Munde wäre leicht schon eher möglich gewesen. Aber nicht einmal der bewährte Frontkämpfer Flandin hat ein solches Wort über seine Lippen gebracht, und auch Herr Daladier, ebenfalls ausgezeichneter Frontkämpfer, hat unter freilich anderen Voraussetzungen keinerlei derartigen Einfall gehabt.

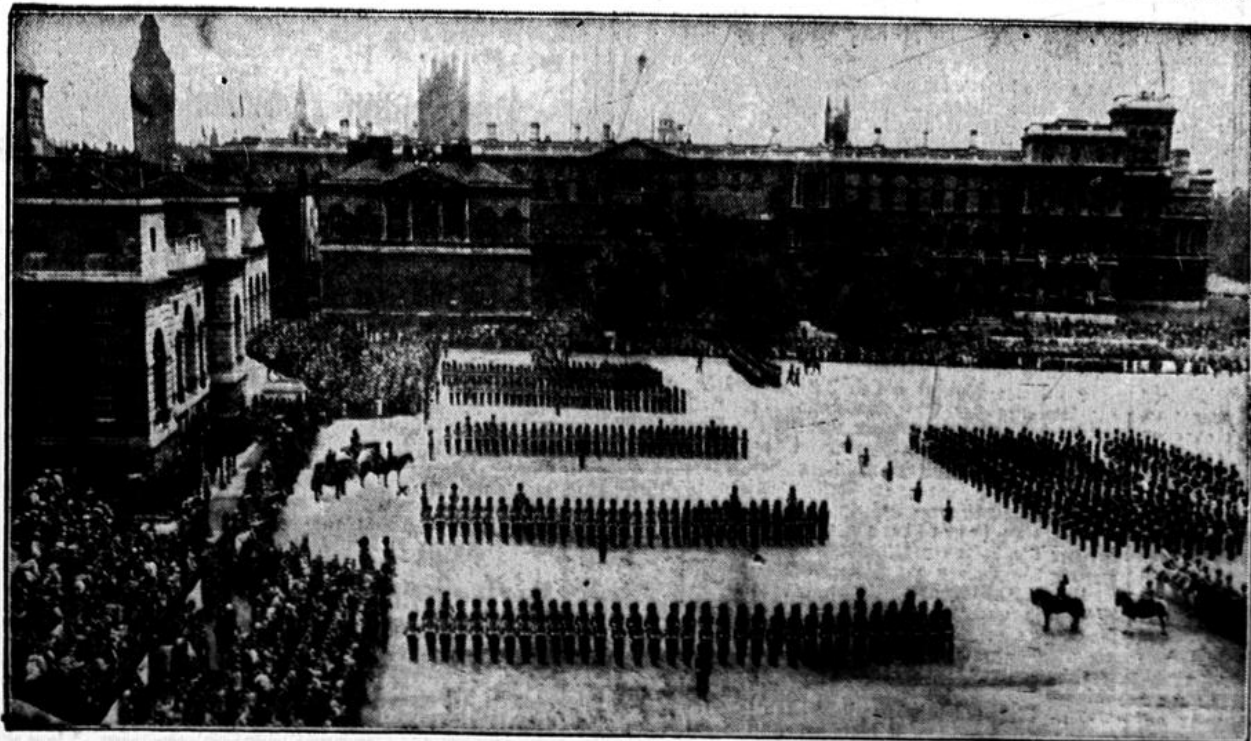
Aber — nun kommen auch gleich die traditionellen französischen Über, die schier unaussprechlich distilliert werden von jenem formal juristischen Geist, der in allen Lebenslagen nichts so hoch bewertet wie die ausgefallene, alle Möglichkeiten berechnende, schwarz auf weiß niedergeschriebene Formel. Zunächst haben wir selbst jener anerkanntswürdigen Feststellung von der Unantastbarkeit des Wortes Hitlers insofern ein Aber gegenüberzustellen, als wir vorläufig noch keinerlei Anfang in der französischen Außenpolitik dazu sehen, daß diese Höflichkeitsformel ihre Befähigung durch eine aktive französische Verständigungsbewegung findet. Im Gegenteil, da sind diese fatalen Verurteilungen auf das Bündnis mit dem Volksgewissens, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft diesmal auch die Anspielung auf das bolschewistische Spanien steht. Da ist ferner die Ablehnung der außerhalb des französischen Staatsbereiches längst als unvermeidlich erkannten Völkerbundsreform. Da ist die umföhrliche Ablehnung einer Aufgabe der Sanktionspolitik und da ist vor allem nicht die leiseste Spur eines Verzichtes auf jene Sorte von Kollektivpolitik, die aus der „Unantastbarkeit des Friedens“ stinuinowischer Erfindung unter allen Umständen die Unantastbarkeit eines etwaigen französischen Krieges d. h. die Indienststellung Europas als Bundesgenossen Frankreichs stabilisieren will wie einen röhren de bronze. Mit anderen Worten, das A und O der französischen Außenpolitik bleibt vorläufig die Politik der Militärbündnisse oder wenigstens militärisch unterbauten Pakte.

Es gehört in das gleiche Kapitel, wenn die Herren Blum und Delbos zwar den Ostpakt aus Opportunitätsgründen zunächst einmal aus der Diskussion lassen, dafür aber den völlig eindeutigen „Europaplan“ Briands mit einer leichten Redaktionsveränderung wieder hervorholen wollen. Ein Plan, der bekanntlich noch zu Amtzeiten seines Verfassers auch außerhalb Deutschlands vielfach in Grund und Boden kritisiert wurde. Das Zurückgreifen auf diesen Plan wirkt angesichts der engen Bindung Frankreichs an das bolschewistische Rußland sofort die Frage auf, ob etwa die Regierung Blum auch ein Rußland in diesen Plan einbeziehen wolle, dessen Methoden man nicht einmal mehr asiatisch nennen kann, ohne einen ganzen Erdteil damit zu beleidigen.

Ein wesentliches Aber bringt jedoch auch die französische Erklärung selbst, wenn sie unmittelbar hinter jener Höflichkeit an die Adresse des Führers sofort auf angeblich unvergessliche „Erfahrungen und Tatsachen“ hinweist und außerdem eine Aufzählung der angeblichen deutschen Vertragsverletzungen versucht. Wir haben diesen beiden Momenten in aller Kürze heute nur zweierlei entgegenzusetzen:

1. Wir fragen die Herren Blum und Delbos: Wie verschwändig winzig würde wohl eine Liste der deutschen „Vertragsverletzungen“ neben einer Liste der offensichtlichen französischen Vertragsbrüche ausfallen, wenn beide Staaten einmal eine gegenseitige Aufstellung reißt Beweismaterial dem Urteil eines wahr-

Königsgeburtstagsparade in London.



Am 23. Juni feierte König Edward VIII. von England seinen ersten Geburtstag seit seiner Thronbesteigung. Aus diesem Anlaß fand eine Parade statt, die viele Zuschauer herbeilodete. Hinter dem König steht man eine drei Brüder, die Herzöge von Kent, Gloucester, York. (Scherl Bilderdruck-W.)

m Faß!

Ltr. -75
Ltr. -85
Ltr. -90
Ltr. -90
Ltr. 1.—
are Ltr. 1.20
Ltr. 1.25
Ltr. 1.25

ldmann
ort-Wessel-Platz

ergarten
und Sonntag ab 4 Uhr
ert

en Tage:

Ltr. -30 Ltr. 1.20
Ltr. -40 Ltr. 1.60
pulver

ldmann
ael-Platz

rossen

sicher wirkende
aprosen-Creme
RM.
e, Frucht'-
penblüten-Creme
zu Originalpreisen
[3753]
Langenbergstr. 5

neine!

hfeine Weine:

85 % Ltr. -65
95 % Ltr. -75
Ltr. -40
Fl. 1.30
e Tischweine
Preisliste. —

ldmann

ort-Wessel-Platz

nion!

dem Wert

preiswert bei

termacht

ke usw.

Holljweller

ann

5 Fernruf 2687

Spirituoson

die besten!

1/4 Ltr. 0,50

1/4 Ltr. 0,50

1/4 Ltr. 0,60

1/4 Ltr. 1,40

he 2,45, 1,30

1/4 Ltr. 1,25

1/4 Ltr. 1,30

1/4 Fl. 0,35

1/4 Liter 0,75

Liter 0,90

Liter 1,00

Liter 1,20

Liter 1,25

Liter 1,25

aschel

sterstr.

haft neutralen Schiedsgerichts unterbreiten würden (also natürlich nicht der Dager Cour?)

2. Wenn die gegenwärtige französische Regierung schon selbst die so verhängnisvolle Haltung des Reichs gegen Frankreich gegenüber Deutschland als einen Irrtum öffentlich zugibt, warum giebt sie dann nicht die selbstverständliche Schlussfolgerung und erkennt nicht an, daß die deutsche Verteidigungsausrüstung nichts anderes als die zwingende Folge der Barthou'schen Eintrachtspolitik war, die in dem französisch-sowjetischen Militärpakt ihre Vollendung erreichte?

Der Öffentlichkeitversuch der Regierung Blum findet u. a. auch die Geste, von der „Ehre beider Länder“ zu sprechen. Wenn dies nicht nur eine französische Öffentlichkeitformel sein soll, dann müssen wir schließlich fragen, ob die Regierung Blum es mit der Ehre Frankreichs für vereinbar hält, wenn ein machtpolitisches Beispiellosigkeit gezeigter Staat mit Frankreich auf die vielfachen und schließlich bereits sorgfältig ausgearbeiteten Verteidigungsangeboten eines friedens- und arbeitserfüllten Deutschland bisher nur immer mit bewußt ungenügenden Verhandlungen und unklaren Forderungen nach neuen Vorleistungen antwortete. Und wenn die Regierung Blum soviel nützliche Einsicht aufbringen sollte, daß sie eine solche Politik als mit der Ehre Frankreichs für unvereinbar hält, dann wird sie zu der großen Regierungserklärung Adolf Hitler und dem großen deutschen Friedensplan in der Weise Stellung nehmen, daß Europa endlich mit der Befestigung der Folgen einer planmäßigen Friedensstörung beginnen kann.

Sturm in der belgischen Kammer.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Organisationen und den wirtschaftlichen Kräften genannt wird, von Jeeland betonte ausdrücklich, daß die von der Regierung vorgelegene Reform im Rahmen der geschäftlichen Überlieferungen des belgischen Staates stehe und daß sie die Festlegung des parlamentarischen Systems, das durch die Verfassung vom Jahre 1831 eingeführt worden sei, zum Ziele habe. Die Regierung sei fest entschlossen, die verfassungsmäßigen Freiheiten und die allen Staatsbürgern in der Verfassung verbrieften Rechte aufrecht zu erhalten und gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verteidigen.

Unter den politischen Reformen, die die Regierung in Aussicht genommen hat, befinden sich — allerdings vorläufig nur in sehr allgemein gehaltenen Formen — zahlreiche Änderungen, die die Regierung in ihrem Kampf gegen das heutige System erhoben hat, u. a. Abschaffung der Zahl der Abgeordneten, die Einführung der Volksbefragung, das System einer berufständlichen Organisation, die Einführung von Wirtschaftsräten, die Schaffung eines obersten Staatsrates sowie das Verbot der Verleumdung von öffentlichen Personen durch Mitglieder der Regierung und des Parlaments. Die praktische Durchführung dieser Reformen wird allerdings in der Regierungserklärung größtenteils dem Parlament überlassen.

Nur mit wenigen Sähen kreiste van Jeeland in seiner Regierungserklärung die allgemeine Politik. Zur Außenpolitik bezieht er sich auf die Festlegung, daß die belgische Politik fortgesetzt werde, um Belgien in der vollständigen Unabhängigkeit, aber auch in der Wahrung seiner internationalen Pflichten, die Sicherheit und den Frieden zu erhalten. In der Frage der Landesverteidigung werde die Haltung der Regierung durch die Ergebnisse der Beratungen bestimmt werden, die augenblicklich in dem gemäßigten Militärklausur stattfinden. Die Regierung werde aber mit den wirksamsten Mitteln die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes sichern.

Auf die Forderung der Flamen ging die Regierungserklärung gleichfalls nur mit wenigen Sähen ein. Die Regierung sei fest entschlossen, die vollständige und lokale Anwendung und Durchführung der Sprachengesetze zu gewährleisten. Die Regierung habe Verständnis für die autonomen Wünsche, die immer mehr bei den flämischen und wallonischen Volkskreisen sich ausbreiteten. Sie werde sich bemühen, ihnen gegenüber großzügiges Verständnis zu zeigen.

Die Rede von Jeelands wurde wiederholt von den Nationalflamen und den Registen mit Zwischenrufen unterbrochen. Die Registen klafften Beifall bei Stellen, die ihnen ein Eingehen auf die Forderungen der Registen zu versetzen schienen. Bei den Ausführungen von Jeelands über die Landesverteidigung riefen einige nationalflämische Abgeordnete: „Los von Frankreich!“

Keine Betriedigung fand bei den Flamen, wie aus den Zwischenrufen hervorging, die Erklärung der Regierung über das Kulturprogramm in der Flamenfrage. Die Ankündigung von Jeelands, daß die Regierung das parlamentarische System gegen alle Angriffe verteidigen werde, löste auf den Banken der Sozialdemokraten tosenden Beifall aus.

„Unsere 21 Gerechtigkeitsvollstrecker.“

Degrelle zum Kampf bereit.

DNB Brüssel, 24. Juni.

Die Reg.-Bewegung hat in den Hauptstreikgebieten von Lüttich und Charleroi ein soziales Hilfswerk ins Leben gerufen. In den letzten fünf Tagen sind über tausend Kinder streikender Bergarbeiter in Seebädern an der belgischen Küste und in Luftkurorten in den Ardennen untergebracht worden, wo sie unter der Obhut von Frauen der Reg.-Bewegung betreut werden. Das Hilfswerk steht unter der Leitung der Frau des Registenführers Degrelle.

Man hatte in politischen Kreisen damit gerechnet, daß Degrelle bereits in der gestrigen Eröffnungssitzung des belgischen Parlaments das Mandat seines Bräutigars, des Registenführers Degrelle, übernehmen und in die Kammer eintreten würde. Degrelle war aber noch nicht erschienen. Es verlautet, daß Degrelle erst in einer der nächsten Sitzungen zurücktreten und seinen Platz für Degrelle freimachen wird. Falls Degrelle in die Kammer eintritt, sind künftige Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinen politischen Gegnern unvermeidlich. Degrelle hat sich im Wahlkampf die Unterstützung der anderen belgischen Parteien, namentlich der katholischen und sozialdemokratischen Partei, zugesprochen. Ein Vorzug aus dem Kampfesweise Degrelles liefert der heutige Beisatz, mit dem Degrelle in seinem Organ „Le Vaisseau“ zur Parlamentseröffnung Stellung genommen hat. Es heißt darin:

„Während Hunderttausende von Streikenden in einer erdrückenden Hitze jeht für Brot und würdigen Lebens kämpfen, haben sich heute nachmittags 180 Politiker in großer Verwirrung verammelt unter dem wachsenden Auge unserer 21 Gerechtigkeitsvollstrecker (Reg. hat in der Kammer 21 Abgeordnete. Die Schriftst.). Die Politiker sind nicht sehr stolz. Ihre Glieder sind noch ganz feiß von den Schlägen, die sie bei den Wahlen am 24. Mai erhalten haben. Sie beäffeln sich und schauen ängstlich auf unsere Straßenkämpfer (Anspielung auf die politische Reinigungssaktion, die Reg. erfolgreich begonnen hat. Die Schriftst.). Sie rechnen mit schmerzhaften Katastrophen, und sie haben recht. Denn diese Katastrophen werden kommen. Noch niemals in unserer Geschichte hat man einen solchen parlamentarischen Miß-

stand gesehen. Ihr Mißverhalt ist vollständig. Der Streik hat ihren Verrat und ihre Klagen zum Durchbruch gebracht. 200.000 Arbeiter haben sich gegen die Rechte der Hochfinanz und die Bankhalter des Volkseigenen erhoben. Reg. steht für jeden Kampf bereit und ist entschlossen, das verfluchte Regime in die Luft zu sprengen. Nicht durch Sabotageakte, sondern durch aufbauende Arbeit wird Reg. die Ruhestuhlgelüste der Politiker und ihr Konfuzinat zur Explosion bringen. Reg. hat seine zweite Schlacht gewonnen.“

Der Fall Graß vor Gericht.

Die Zeugenvernehmung.

— Köln, 24. Juni.

In dem vor dem Kölner Schwurgericht verhandelten Fall Graß wurde gestern nachmittag mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Ihre Aussagen waren gestern mit Ausnahme eines vernichtenden Urteils ziemlich günstig für den Angeklagten Ludwig.

Der Nachschaffpfeiler der Frau Graß gab zunächst Aufschluß über deren Vermögen und Grundstücke. Deren Einheitswert lag bei 93.000 RM. befristet. Gewunden wurden im Anwesen am Botanischen Garten 600 RM in Gold und 200 RM in anderen Geldformen, außerdem eine Menge von Sparfahrscheinen auf zum meist geringe Marktbeträge lautend. Wertpapiere wurden überhaupt nicht gefunden. Einer Zeugin gegenüber hat sich Ludwig im Jahre 1933 als Herr Graß vorgestellt.

Ein Finanzamts- und Vollziehungsbeamter hatte im August 1934 dienstlich bei Frau Graß zu tun. Ludwig stand im Garten, ließ den Beamten nicht ins Haus treten und drohte mit einem blühigen Hieb. Frau Graß gesteht, antwortete Ludwig, Frau Graß sei krank, sie sei nicht zu sprechen. Zwei nahe Verwandte von Frau Graß können nichts Wesentliches berichten, außer, daß der Zutritt zu ihr in der letzten Zeit vor dem Verschwinden immer schwieriger wurde. Ludwig hatte die Schlüssel in Verwahrung. Im übrigen befanden diese Zeugen, daß Frau Graß nicht gern Seespie empfing. Seit dem Tode ihres Sohnes sei sie immer zurückgezogen geworden.

Ein geschäftlich interessierter Architekt, der trotz starken Kopfschmerzens einlief, fand, daß Ludwig in der Wohnung, wobei dieser stets in der Mehrzahl, mit „Wir“ sprach, also Frau Graß und sich meinte. — Ein mit dem Weiblichen 1928 in den Tod gegangener junger Graß betreuender Zeuge lernte auch den Ludwig kennen. Der Frau Graß ließ gegenüber als „armer Teufel“ trotz ihres etwas Schlichtes. Sie sei geistig und eine Frau, die nicht gern etwas Schlichtes gebe. Was man an geschäftlichen, fragte kein Sohn mehr aus der Wahlprüfung. Am ganzen hatte der Zeuge den Eindruck, daß Ludwig ein Hohemleben führe, kann ihm aber weiter nichts nachsagen. — Ein im Mai bis Juli 1928 beschäftigter Hausjunge ging wegen des zu geringen Monatslohnes von 5 RM weg und arbeitete bei den Brüdern des Ludwigs in Sinnersdorf drei Jahre lang. Er hält Ludwig für einen „frommen Mann“, dem er nichts Böses nachsagen könne.

Der heutige zweite Verhandlungstag begann mit einer Vernehmung der Häuser der Verwundenen Frau Graß, in dem nach der Annahme der Angeklagten Ludwig in der Frau Graß erkrankte und befestigt hat. Der Haus liegt inmitten eines etwa 5000 qm großen, vollkommen überbauten Grundstückes, das durch zahlreiche Hecken und Büsche, Mauern, Schmeldeisen Tore in einzelne Areale aufgeteilt ist. Einzelne Teile dieses Grundstückes sind von nahezu haushohen Hecken umgeben, die jeden Einblick von draußen verhindern. Die Kriminalpolizei hat das Grundstück an zahlreichen Stellen meterhoch ausgebaut und kleinere Gemäuer (Leoparden) lassen, um nach der Leiche der Frau Graß zu suchen, allerdings ohne Erfolg. Im Innern des großen Hauses wurden nur drei Zimmer als Räume, als Wohnzimmer und als Schlafzimmer benutzt. Alle übrigen Räume waren von oben bis unten mit Gerümpel zugefüllt. Das ganze Haus war von Schmutz und Unrat. Auch die drei bewohnten Zimmer sind geradezu unvorstellbar verschmutzt. Man kann es kaum glauben, daß in diesen Räumen zwei Menschen jahrelang gelebt haben.

Der Nachschaffpfeiler, der das Anwesen bis zur endgültigen Entscheidung über das Schicksal des Grundstückes nach Abschluß des Mordprozesses verwaltet, hat versucht, einige Maßnahmen aufzunehmen, und man ahnt, in welchem Zustand sich das Haus befand, wenn man erfährt, daß je 100 Lumpen drei Pfennig gezahlt wurden und der Gesamterlös dieses Lumpenverkaufs sich auf über 100 RM beläuft. Frau Graß war von einer krankhaften Tierliebe befallen. So wurden die Haustiere, darunter ein 33 Jahre altes Pferd, das kaum noch stehen konnte, Gänse, Hühner, Enten und Tauben mit besonderer Liebe gepflegt und erfreuten sich größter Freiheit. Im Wohnzimmer ist der Teppich mit Taubenfedern überzogen, und für ihre Kägen war ein besonderes Gehege geschaffen, und außerdem durch ein kleines Fenster ein Eingang gefahren zu drei Zimmern, die den Kägen bei schlechtem Wetter zum Aufenthalt dienten. An mehreren Stellen hat die Kriminalpolizei das Mauerwerk im Gewölbe aufgedröhrt, um nach Schätzen zu suchen, die nach den Angaben Ludwigs dort verborgen sein sollten.

Eines Tages ließ Ludwig aus der Unterfuchungshaft einem Kriminalkommissar mitteilen, daß in dem Haus Graß an mehreren Stellen Geld eingemauert sei. Der Kriminalkommissar führte nach den Angaben Ludwigs in dem Haus und ließ sich die Verstecke zeigen. Man sprach das Mauerwerk auf, ohne etwas zu finden. Man ist sich nicht klar darüber, was Ludwig mit diesem Manöver bezweckte. Vielleicht, daß er eine Gelegenheit zur Flucht finden wollte, vielleicht auch, daß er feststellen wollte, ob an bestimmten Stellen nachgegraben worden sei. Ludwig wurde sich kurz hinterher klar darüber, daß die Kriminalpolizei in den Verhören nachsuchen werde und daß er dann als Flüchtling dastehen würde, dem er erklärte, er sei nichts in das Anwesen geführt worden. Der begleitende Kriminalkommissar sei im Garten zurückgeblieben. Er selbst sei im Keller von einem mastierten Mann überfallen worden, und es sei ihm schließlich gelungen, sich zu dem wartenden Kriminalbeamten durchzuschlagen. Da der Kriminalkommissar ihn seinen Augenblick allein gelassen hat, ist es klar, daß Ludwig ein Mörder erzählt. Nebenfalls war die Frage, daß das Mauerwerk des Hauses an verschiedenen Stellen beschädigt werden mußte.

Nach der Ortsbefichtigung wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Alle Zeugen mußten bezeugen, daß der Zutritt zum Anwesen Graß sehr schwierig, meist unmöglich war. Auf Kopfen erklärten, wie ein in geschäftlicher Beziehung zum Hause Graß stehender Zeuge auslief, Frau Graß am Fenster. Auf Zuruf erwiderte sie: „Ich kann nicht heraus, Ludwig hat mich eingekerkert.“ Ein Zeuge, der bei dem Bruder Hilger des Täters war, hat verwundert gehört, daß Ludwig in Gegenwart der Frau Graß sehr höflich dieser gegenüber gewesen sei, was ihn aber nach deren Begehen nicht hinderte, von Frau Graß als von der „Alten“ zu sprechen. Der Zeuge hat auch erfahren, daß testamentarische Verfügungen zugunsten des Ludwigs bestanden. Er hat auch sehr abträgliche Äußerungen über Frau Graß gehört, kann aber nicht mehr angeben, ob Josef Graß oder sein Bruder Hilger den Ausdruck „Die Alte verreckt doch bald“ getan hat. Er will in Ludwig Begleitung einen ihm unheimlichen Menschen aus der Mithras-Raum mit dem Vornamen Fritz hören. Die Verteidigung stellt fest, daß man diesen Fritz leider nicht identifiziert habe, was doch nicht allzu schwer gewesen sein könnte.

Eine Zeugin hat Frau Graß bestimmt noch am 4. September 1934 gesehen und zwar auf dem Schloßplatz. Dieser Zeugin gegenüber äußerte

sich Frau Graß, daß Ludwig, weil er keine Einkünfte habe, eine Hühnerfarm anfangen solle. Die Zeugin hatte den Eindruck, als ob sich Frau Graß damals von Ludwig trennen wollte.

Während fast sämtliche Zeugen mit Sicherheit bezeugten, daß ihnen gegenüber Frau Graß niemals etwas von der Mithras einer größeren Reise veranlassen ließ, kann eine Zeugin bezeugen, daß etwa 1928 die Verwundene den Wunsch geäußert habe, eine Reise zu machen; es war auch vom Mittelmeer und der Riviera als Reiseziel die Rede. Bei geschäftlichen Verhandlungen bezog sich Frau Graß auf Ludwig, und dieser umgekehrt auf Frau Graß als maßgebende und entscheidende Person. Alle Zeugen schätzten Frau Graß als sehr geistig. Ihr einziges Traumen sei Geld und noch mehr Geld gewesen. Die Doppelrolle des Ludwigs der Frau Graß gegenüber hat keine Zeugin in besten drastisch unethischen Ausdrücken, wie „Mäde das Bielt doch bald verrückt“, die einem Zeugen gegenüber gebraucht worden waren.

Ein wahres Martyrium hat eine als Diensthilfskraft drei Jahre, von 1923 bis 1926 bei Frau Graß angestellte Zeugin durchgemacht. Ausgemacht waren 10

„Ohne eine starke britische Flotte keine Sicherung des Friedens.“

Große Aufrüstungsrede Hoares.

DNB London, 24. Juni.

Der Erste Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare, sprach am Mittwoch in London vor der Royal Empire Society über Englands Wiederaufrüstung. Vor allem tue, sagte er, Schnelligkeit not. Wenn in unmittelbarer Zukunft wieder ein Krieg ausbrechen würde, könnte die britische Flotte, wie das beim letzten Male der Fall gewesen sei, Großbritannien nicht sein Haus in Ordnung bringen, bevor eine Krise hereinbräche. Angesichts der Schnelligkeit der modernen Kriegführung werde man nach Ausbruch einer Krise keine Zeit für Reformen und Wiederaufbau haben. Es sei aber keine Ursache für eine Panik vorhanden. Man brauche nicht anzunehmen, daß ein Krieg unvermeidlich sei. Kein Land in Europa wünsche den Krieg und, weil das der Fall sei, werde es eine verheerliche Verdrücktheit sein, anzunehmen, daß der Krieg unvermeidlich sei. Es sei aber so viel entzündbares Material in Europa vorhanden, daß ein bloßer Funke einen großen Zusammenstoß entfachen könne, wenn nicht große Mächte, wie Großbritannien, sich genug leisten, um ihren Einfluß zugunsten des Friedens in die Waagschale zu werfen. Deshalb rüste Großbritannien auf.

Wenn die britische Armee, die britische Flotte und die britische Luftwaffe angemessen und rechtzeitig verstärkt würden, werde es keinen Weltkrieg geben. Wenn es gelinge, eine gut ausbalancierte Flotte zu haben, die in der Lage sei, den Feind zu schlagen und die Meere offen zu halten, und die so ausgerüstet sei, daß sie überall hingehen könne, werde es keinen Weltkrieg geben.

Es erhob sich auch die Frage, ob man eine solche Flotte unter den Bedingungen der Gegenwart überhaupt bauen könne. Es handele sich um die schwerste Frage, die jemals in der Geschichte der englischen Flotte zu verzeichnen gewesen sei.

Hoare nahm hierauf Stellung gegen die in der englischen Öffentlichkeit lebhaft umstrittene Ansicht, daß durch das Aufkommen der Luftwaffe Kriegsschiffe unnütz geworden seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Heinrich-Peter in Quedlinburg.

Ehrung des ersten deutschen Volkskönigs durch die NSDAP zum 1000. Todestag König Heinrichs I.

DNB Berlin, 24. Juni.

Am 2. Juli sind es 1000 Jahre her, daß König Heinrich I., der Schöpfer des ersten deutschen Reiches und erste mächtigste deutsche König, seine Augen für immer schloß. Aus Anlaß dieses Gedenktages findet am 1. und 2. Juli in Quedlinburg, der alten Pfalz Heinrich des Voglers, eine große Gedenkfeier statt, die von den Schülern der NSDAP veranstaltet wird.

Zu der Feier ist der Quedlinburger Dom mit der Heinrich-Krypta, in der Heinrich I. mit seiner Gemahlin Mathilde beinhaltet wurde, würdig hergerichtet und besonders umgestaltet worden. Ebenso wurde die zweite Gedenkstätte, die aus der Zeit Heinrich I. erhalten geblieben ist, die alte Wigbert-Kapelle auf dem Königsberg bei Quedlinburg, die zum Teil schon sehr langem als Scheune benutzt wurde, vor dem drohenden Verfall bewahrt und neu hergerichtet.

Die Feier beginnt am 1. Juli 21.30 Uhr abends mit der Stellung der Ehrenwachen an der Heinrich-Krypta des Domes und an der alten Kapelle des Königsberges. Am 2. Juli wird in Gegenwart des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, und zahlreicher führender Persönlichkeiten in Staat und Partei um 12 Uhr mittags im Dom und an der Heinrich-Krypta eine feierliche Gedenkfeier abgehalten, bei der die Dessauer Staatskapelle mitwirkt. Gleichzeitig werden 500 Fahnen der Hitler-Jugend geweiht.

Um 15.30 Uhr nachmittags finden auf dem Platz am Moorberg unter Beteiligung von SS, SA und Wehrmacht große Reiterfestspiele statt. Der Tag wird um 21.30 Uhr mit einem großen Japaner der SS-Verfügungstruppe auf dem Markt in Quedlinburg geschlossen.

Die Stadt Quedlinburg steht schon seit einiger Zeit im Zeichen der großen Feier. Schon seit einiger Zeit arbeitet im Rat-

schloß, das verfluchte Regime in die Luft zu sprengen. Nicht durch Sabotageakte, sondern durch aufbauende Arbeit wird Reg. die Ruhestuhlgelüste der Politiker und ihr Konfuzinat zur Explosion bringen. Reg. hat seine zweite Schlacht gewonnen.“

Während eine Reihe von Zeugen bezeugten, daß der Tod des einzigen Sohnes der Frau Graß sehr zugefügt habe, benahm sich diese der Zeugin gegenüber unmittelbar nach dem Tode sehr teilnahmslos. — Die Zeugin konnte den Dienst nicht länger ertragen. Beim Abschied überreichte ihr Frau Graß als Lohn für etwa drei Jahre Dienst ganze 30 RM. und sagte, das übrige Geld sei für Invalidität und Krankenversicherungsbeitrag draufgegangen. Dabei war sie garnicht angemeldet worden, obwohl sie einmal schwer erkrankt gewesen sei.

Eine Zeugin hat auch gewisse Äußerlichkeiten zwischen Frau Graß und Ludwig gesehen, trotzdem hat die Zeugin bemerkt, daß Ludwig sehr brutal gegen Frau Graß auftrat. Sie hörte auch, daß dem Ludwig das Vermögen testamentarisch vermacht war, und daß Frau Graß den Ludwig heiraten würde. Auch der Zeugin gegenüber ließ der Ludwig an sich geringfügigen Verleihen Ludwigs aus: „Wenn ich mich noch einmal herausruft, bleibt einer von uns auf dem Platz.“

Zum Schluß der Verhandlung wurden noch zwei Zeugen des Ludwig vernommen, deren Aussagen verworren und unklar blieben. Einer von diesen Brüdern will Frau Graß noch einige Monate nach einem ihm betreffenden Vergleichstermin vom 19. 6. 1934, also Ende September, Anfang Oktober, noch gesehen haben, gerät aber in Widersprüche, die durch Abzug eines weiteren Zeugen morgen möglichst geklärt werden sollen.

Seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Seien, weil sie allzu sehr durch Luftangriffe verwundbar seien. Er sei der Ansicht, daß die Luftwaffe die Aufgabe der Flotte nicht geändert habe und daß es keineswegs unmöglich sei, eine Flotte zu bauen, die in der Lage sei, ihren traditionellen Pflichten gerecht zu werden. Das Kriegsschiff gelte keineswegs als Museum. Man könne die neue Flotte zu wichtigen und mobilsten Waffen gestalten. Wenn weiter gefragt werde, warum man trotz des Völkerbundes eine starke Flotte bauen solle, so sei darauf hinzuweisen, daß die kollektive Sicherheit ihre Ideale noch nicht erreicht habe. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit hätten sich zwei Lehren herausgestellt. Die erste laute, kollektive Sicherheit heiße in der Praxis, daß die britische Flotte im Mittelmeer sein müsse. Wenn die Flotte zweimal so stark gewesen wäre, als sie es heute ist, würde die Flotte niemals entlassen sein. Trotz aller Kritik der Ignoranten habe die britische Flotte ihre Aufgabe erfüllt, indem sie eine Ausdehnung des Streites verhindert habe.

Die zweite Lehre besage, daß trotz der Theorie von der Vereinigung der Kräfte von 60 Nationen der praktische Wert der Streikkräfte gänzlich von der Bereitschaft der verschiedenen Länder abhängt, zum Kriege gegen den Angreifer zu schreiben. Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, aber der einzige Staat des Völkerbundes, der bereit gewesen sei, wirksame Vorbereitungen zu treffen, sei Großbritannien gewesen. Wirfe man angedeutet des gegenwärtigen Zustandes der Welt annehmen, daß man sich in entfernten Gegenden der Welt, in denen die führenden Mächte nicht militärisch im Völkerbund verlaßen könne? Diese Lehren zeigten, daß die Welt eine starke britische Flotte brauche.

Er, Hoare, bemerkte mit Interesse, daß die Zeitschrift der amerikanischen Flottenflotte einen Vorschlag für die Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Flotten ausarbeite, um einen künftigen Krieg unmöglich zu machen. Das Ausbleiben einer kollektiven militärischen Aktion im Herbst zeige, daß die britische Flotte immer noch auf seine Reichsverbleibung und besonders auf eine starke britische Flotte verlaßen müsse. Die Tatsache bleibe bestehen, daß das britische Reich von seinen Seeverbindungen abhängt.

In unterrichtlichen Kreisen hält man es für möglich, daß die Sitzung des britischen Kabinetts am Donnerstag u. a. auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Sta

8 Der D
Mitte Socht
Staatsfiche
die sogenannt
wunsh.

120 Jun

die vor vie
NSD, zum J
Lippsprin
gestern nachm
tung Münster
ein Junge erz
wir gerne gl
sieben Pf
aber haben, je
mehr zugewo

Motor

8 Gestern

straße — Bild
lich glimpflich
render Motor
Fahrab zu
biegen wollte,
abfährungen
Der Unfall ist
raufahrer das
hat; er erklärt

Boch

Zeitweise

1. Unter
blatt“ in der
der westfälis
Drocks-Wend
genen Zochun
zeitweise gar
interessante M
nambastien Pro
folgende Tafel

Es war in
beris, als sich
bund bzw. an
auch in Zukunft
in der Welt
Beratungen im
eröffnen, daß je
genoffen des H
einige Bochhol
obwohl Bochhol
Sanja und
ter aber zeitwe
ist in Bochhol
Baterhofst war
gut zu sprachen
zahlen, ohne Be
wurden Bochhol
anerkannt, da e
in der Bankrol
beschwerte sich
einfach die Ro
löste sich im Za
und Bremen bis

8 Die Spre
Deutschen Arbe
gigen Freitagna
stünden aus.

8 Beim wist
Badenhalt jog
der Kampfrabe
brach sich den H

8 Wieder
Weinwerbewo
wieder aus der
der bekanntlic
genen Jahre hie

+ Der Kre
Peter und Paul
Auszeichnung de
Frau B. Klein
horst und Wilt

8 Die Spre
Deutschen Arbe
gigen Freitagna
stünden aus.

8 Beim wist
Badenhalt jog
der Kampfrabe
brach sich den H

8 Wieder
Weinwerbewo
wieder aus der
der bekanntlic
genen Jahre hie

+ Der Kre
Peter und Paul
Auszeichnung de
Frau B. Klein
horst und Wilt

8 Die Spre
Deutschen Arbe
gigen Freitagna
stünden aus.

8 Beim wist
Badenhalt jog
der Kampfrabe
brach sich den H

8 Wieder
Weinwerbewo
wieder aus der
der bekanntlic
genen Jahre hie

+ Der Kre
Peter und Paul
Auszeichnung de
Frau B. Klein
horst und Wilt

in auswärtiger Liefer-
der Werthe der Chaussee
Wegle in die Ma. Der
remien verlag hatten,
der Käufer zum Teil
zufällig vorbestimmen-
g und zog den Liefer-

tholt.

er Volkspflcht.

ur wurde am Montag-
der städtischen Gleise
wurde der Gübringer-
Wasser gebracht, beim
Wegmann L. H. an
unglücklicherweise vom
der Hüfte verletzt.
tischen Beistand und
acht. Hoffentlich hat
jenen keine ernsten
das der Wegmann
und Gesundheit im
fest.

Minister und das Ministerland-
trater, das Hauptgeschäftliche
Diebold, Oberkirchen-Berger
r. Paulsen, Peter Schläpfer
imilich in Dortmund; Berliner
nieder; für den Zoonosefakt
Druck: Zeno C. M. H. J.

no-Gesamtsatzung Nr. 9 vom
Lehrer Schmitt, Bocholt, Hie-
r, Bocholt, Verlag: J. & A.
ulstraße 14.

7. 7. 1935
Zahlung insgesamt 41882.
47. — Allgemeine Zeitung,
167. — Bürgerblatt,
n. 2051. — Hallescher Zeitung,
— Münsterische Volks-
zeitung (Lingen, Papenburg)
2004. — Tagesblatt, Osnabrück,
zeitung, Emden, 2005. —
1801.

m Faß!

. Ltr. -75
n. Ltr. -85
n. Ltr. -90
Ltr. -90
Ltr. 1.-
Ltr. 1.20
Ltr. 1.25
Ltr. 1.25

eldmann

orst-Wessel-Platz

service sowie
verschiedenen
Anfragen.

Geschenke

in Aus-
würdigkeit

mp

c 24 4745

. 1/2 kg 0.60
. 1/2 kg 0.60
. 1/2 kg 0.80
Pak. 0.50

Maass 46111

Ruf 3928

chluß

ine

5 Pfg.

25 Pfg.

ab 25 Pfg.

genheit aus,

Text sofort

Der Prozeß über das Einsturz- unglück in Berlin.

▼ Berlin, 24. Juni.

Nach einer zweitägigen Verhandlungspause, die dazu dienen sollte, dem Gericht und den übrigen Prozeßbeteiligten Gelegenheit zur Ausarbeitung des bisher angefallenen Auslegungsmaterials zu geben, wurde am Mittwoch die Beweisaufnahme im Berliner Bauunglücksprozeß fortgesetzt.

Zur Vernehmung gelangte der 34-jährige Diplomingenieur Anton Geigreiter, der bei dem Bau des Tunnels in der Hermann-Göring-Straße als Statiker der Berlinerischen Bauengesellschaft mitgewirkt hat. Nach Befragung des Zeugen fehlten in der Hermann-Göring-Straße die sonst üblichen Bau- und Konstruktionszeichnungen der Reichsbahn. Den ersten Abgleich erhielt der Zeuge vom Angeklagten Wegner am 4. Februar 1935, nachdem inzwischen die Rammarbeiten auf Veranlassung Wegners selbst in Angriff genommen waren.

Als man auf Grund der Projektzeichnungen eine neue stützende Außenwand bei den Ministergärten schuf, erfolgte keine neue statische Berechnung. Ihr Unterbleiben erklärte der Zeuge damit, daß er dazu nicht aufgefordert worden sei. Er habe auch eine neue Berechnung nicht für notwendig gehalten. Im weiteren Verlauf der Verhandlung ergab sich, daß der Zeuge G. nur einmal vor dem Einsturz in der Größe gesehen ist. Er könne daher nichts Bestimmtes über die baulichen technischen Einrichtungen auslegen. Der Zeuge befindet sich demnach weiter, der Angeklagte Wegner habe Anfang Juli davon Kenntnis erhalten, daß die Rammarbeiten zu kurz waren. Um diese Frage will sich der Zeuge aber nicht weiter geäußert haben, weil das eine bautechnische Frage gewesen sei und nicht zu seinem Ressort als Statiker gehört habe.

Das Eisenbahnunglück bei Groß-Herdingen vor Gericht.

DNB, Groß-Herdingen, 24. Juni.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte der Angeklagte Dechant das Ueberfahren des Vorratssignals auf eine neue Weise dar. Er erklärte, er habe sich, als er merkte, daß das Vorratssignal überfahren habe, umgekehrt und ein weisses Licht gesehen, worauf er geschloßen habe, daß das Signal auf freie Fahrt stehe. Der Zeuge, der Heizer Dechant, bestätigte, daß Dechant zu ihm gesagt habe, er habe ein gelbes Licht gesehen. Der Zeuge hat sich aber darüber nichts vorstellbar können. Im übrigen wußten die beiden Zeugen nichts Wesentliches auszusagen. Auch sie haben von dem Ueberfahren des Vorratssignals nichts gesehen.

Jeder der beiden Lokomotivführer erklärte, zuerst gebremst zu haben, als das rote Licht des Hauptsignals aufleuchtete. Beide wollten aber von einem Bremsen des anderen nichts bemerkt haben. Auch die beiden Heizer gaben an, sie hätten nicht bemerkt, daß auf der anderen Lokomotive gebremst worden sei. Dechant sagte dann noch aus, daß die Schnellbremse nicht richtig zur Auswirkung gekommen sei, als er sie einstellte. Die beiden Heizer-Signale, die er mit der Dampfheizer gegeben haben will, haben beide und sein Heizer nicht gehört.

Der Heizer Dechant, der diesem, als er den Knägel des linken Fußes gebrochen hatte, helfen wollte, wurde von Dechant aufgefordert, lieber den verunglückten Fahrgästen zu helfen. Er komme ja doch ins Justizhaus. Er sei aber kein Zeigling und werde zu tragen wissen, was er verschuldet habe. An diese Äußerung kann sich Dechant nicht mehr erinnern. Ein Zeuge, der, als das Unglück geschah, noch bei der Eisenbahn beschäftigt war, sah, daß der Zug das Haltsignal überfuhr und mit erheblicher Geschwindigkeit als 20 Stundenkilometer auf den Personenzug aufzufuhr. Einige andere Zeugen wußten nichts Wesentliches auszusagen. — Die Verhandlung wurde dann abgebrochen. Es wurden mit einem Sonderzug, der aus einer Vorpannmachine, einer Schnellzuglokomotive und einem Personenzug bestand, die Ruffahrt auf der Unglücksstrecke gemacht.

Vor der Fortsetzung der Zeugenvernehmung am Dienstag wurde von dem Verteidiger des Angeklagten Dechant beantragt, dessen Vorgehens, den Vorstand des Reichsbahnamtshauptamtes Berlin, Reichsbahnrat Witte und den Reichsbahnamtstschreiber als Zeugen dafür zu laden, daß Witte als vertrauenswürdigster Lokomotivführer auch nach dem Unfall von Groß-Herdingen gegolten habe. Dem Antrag des Verteidigers wurde vom Gericht stattgegeben.

Von besonderem Interesse war die Vernehmung des Fahrbediensteten Raden, der am Unglücksfall auf dem Bahnhof Groß-Herdingen Dienst tat. Er legte eingehend seine Maßnahmen zur Bewältigung des starken Verkehrs dar. Danach hatte der Personenzug 825 (der Unglückszug) dreierlei bis eine Minute Zeit zur Ausfahrt, auch bei Ueberfahren der Haltsignale durch D 44. — Witte Signale für D 44 hätten auf „halt“ gestanden. Unmittelbar vor dem Unglück habe ihm der Stellwerkswärter zugerufen: „D 44 überfährt die Signale!“ D 44 hat nicht gehört.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung erklärte der Hilfsweichenwärter Böhm, der Angeklagte Dechant habe ihm nach dem Unfall zugerufen: „Geh weg, Rammrad, ich habe das Signal überfahren.“

Sobald wurden mehrere Beamte aus Weissenfels über die Zurverfügungstellung der Vorpannmachine für D 44 und über das ihr beigegebene Bedienungspersonal vernommen.

Reichsbahnoberspektor Paul Richter-Weissenfels gibt an, daß ihm Dechant als äußerst sympatischer Fahrer bekannt sei. Er zeige viel Interesse für den Dienst, sei eifrig, impulsiv und tatkräftig.

Reichsbahnrat Kirchstein, der Leiter der Bremsversuchsabteilung in Berlin-Grünwald, gab als Sachverständiger sein Gutachten dahin ab, daß der Bremsweg für D 44 von ihm und seinen Mitarbeitern nach genauen Berechnungen auf 484 m berechnet worden sei. Reichsbahnoberrat Wahrendorff-Mainz schloß sich dem Gutachten Kirchsteins an. Bei 95 Stundenkilometern wurde von ihm ein Bremsweg von 480 bis 500 m berechnet. Er erklärte, der Angeklagte habe bei einer Geschwindigkeit von 95 Stundenkilometern unter Annahme ungünstiger Umstände 171 m zu spät gebremst, also etwa erst 109 m vor dem Hauptsignal. Ein Anhalt dafür, daß die Bremsen nicht in Ordnung waren, liege nicht vor. Der Angeklagte Dechant erklärte demgegenüber abermals in sehr entschiedener Weise, daß er sofort die Bremsen gezogen habe.

Der Sachverständige, Lokomotivführer K. A. Krüpe, der Leiter der Reichsbahnstatistikstelle der Reichsbahn, erklärte, daß er, der D 44 eine größere Geschwindigkeit als 95 Stundenkilometer gehabt habe. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die diesbezüglichen Angaben Dechants richtig sind, daß er 25 Sekunden vor dem Zusammenstoß bei einer Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern gebremst habe.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages wurden die beiden Berliner Zeugenvernehmungen für den angeklagten Lokomotivführer Raden vernommen. Während ihrer Vernehmung wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit oder eines wichtigen Betriebsgeheimnisses ausgeschlossen. — Reichsbahnrat Witte und Reichsbahnamtstschreiber wurden vom Maschinenamt des Anhalter Bahnhofs in Berlin festlich in die Verhandlung eingeladen.

Zu weitgehenden Erörterungen führten hierauf die Ausführungen der Sachverständigen.

Der auf Antrag der Angeklagten zugezogene Sachverständige Lokomotivführer A. D. Krüpe von der Reichsbahn der Lokomotivführer wandte sich in erster Linie gegen

die Berechtigung der Anordnungen des Fahrbediensteten Raden in Groß-Herdingen. Mittelbar trage nach Ansicht Krüpes der Fahrbedienstete Raden ein Mitverschulden an dem Unglück.

Es entspannen sich längere Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen Lokomotivführer Krüpe und Reichsbahnoberrat Wahrendorff-Mainz und Dr. Ing. Müller-Frankfurt a. M., Reichsbahnrat Witte-Berlin und Dr. Kirchstein, dem Leiter der Bremsversuchsabteilung in Berlin-Grünwald über die Festlegung der Bremsgeschwindigkeiten von 92 bis 100 km zu ihrer Zurücklegung nötig sind.

Die anderen Sachverständigen der Reichsbahn nahmen eine Geschwindigkeit von 92 bis 95 km an. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit war 105 km, für die Durchfahrt von Bad Kösen nur 75 km. Reichsbahnrat Dr. Müller machte längere Ausführungen über die Pflichten des Fahrbediensteten. Wenn Raden den D 44 nicht in Bad Kösen, sondern erst vor Groß-Herdingen haben lassen, so habe er das zur rascheren Durchführung

Die Gäste des Heidelberger Jubiläums.

Unterredung mit dem Rektor Professor Groh.

NSR, Heidelberg, 24. Juni.

Wenn in den nächsten Tagen die Stadt Heidelberg während der 550-Jahr-Feier ihrer Universität über 100 000 Besucher erwartet — eine Zahl, wie sie Heidelberg in seiner an glanzvollen Ereignissen und Festen reichsten Geschichte kaum je gesehen hat —, so kann dies als ein Zeichen dafür gewertet werden, wie sehr der Ruf der schönen Stadt, die von Jahr zu Jahr mehr Besucher aus aller Welt anzieht, mit dem in einer Jahrhundert alten Entwicklung begründeten Ruf der Hochschule verknüpft ist. Generationen von Studenten und Wissenschaftlern sind an Heidelbergs Höher Schule gewesen. Vom ausgehenden Mittelalter bis in die Gegenwart haben Gelehrte von Welt Ruf hier gewirkt. Es ist daher nicht überraschend, wenn Wissenschaftler des In- und Auslandes in überaus großer Zahl der Einladung der Universität zu ihrem Fest Folge leisten.

Internationale Hochschullehrerkonferenz.

Der Rektor der Universität, Professor Groh, der unsern Mitarbeiter eine Unterredung gewährte, ist als Gastgeber sehr erfreut, so viele hervorragende Vertreter der Wissenschaft des In- und Auslandes begrüßen zu können. Es sind, wie er sagt, 1500 Gelehrte, die zu der internationalen Hochschullehrerkonferenz kommen. Zu dem Welttreffen der Studenten werden Hunderte weiterer Gäste erwartet. Einige ausländische Delegationen sind mit mehreren Lehrern vertreten. Nicht nur Gelehrte aus fast allen europäischen Ländern, aus den fernsten Erdteilen, aus Kanada, Mexiko, Peru, Argentinien, Südamerika, Japan und China kommen Wissenschaftler nach Heidelberg. Am stärksten beteiligten sich die Vereinigten Staaten mit Vertretern der 18 Hochschulen, dann Italien, dessen Regierung ebenso wie die portugiesische offiziell vertreten ist. Dazu kommen viele private Gäste, Ehrendoktoren der Universität und Persönlichkeiten, die sich mit ihr durch jahrzehntelange Beziehungen verbunden fühlen.

Freunde des Reiches.

Einer der wärmsten Freunde und Förderer der Universität, der frühere amerikanische Botschafter Schurmann, wird auch in Heidelberg anwesend sein. Seit er in den siebziger Jahren an ihr studierte, ist er ihr treu geblieben. In der deutschen Vorkriegszeit hat er bei amerikanischen Freunden eine Stiftung eingeleitet, die im Jahre 1931 eröffneten Neubau der Universität ermöglichte. Auf allen seinen Reisen nach Europa hat er nie veräußert, seine alte Universität aufzulassen, und jetzt tritt er im 82. Lebensjahr noch einmal die Reise über den Ozean an.

Ein weiterer amerikanischer Gast, der dem deutschen Volk seit der Zeit, als er im Jahre 1904 als Schüler von Geheimrat Prof. Hoops in Heidelberg den Doktorgrad erwarb, die Freundschaft gehalten hat, ist, wie uns der Rektor der Universität Heidelberg erklärt, Professor Lindley B. Wagner, Dean von Carlton College. Kurz vor Ausbruch des Krieges, Ende Juli, war er noch in Heidelberg. Nach Kriegsende kehrte er an der Spitze einer amerikanischen Kommission nach hier zurück, um die Ernährungsverhältnisse in Süddeutschland zu untersuchen. Er ist heute in seinen Einbrüden reise nach Paris und veranlagte, daß die am 1. Juli in Belgien noch aufgeklärten amerikanischen

des Weihnachtsverkehrs tun müssen. Die Frage, ob er den D 44 auf Meldung von Naumburg aus noch in Groß-Herdingen durchfahren oder vorher halten lassen solle, habe Raden richtig dahin entschieden, den Personenzug 825 abzulassen.

Sachverständiger Krüpe beantragte, daß man Dechant in Weissenfels einen Heizer mitgegeben habe, der nicht zum Schnelldienst zugelassen war, und daß Dechant dadurch in seinen Pflichten als Lokomotivführer abgelenkt worden sei, weil er seinen Heizer bei der Feuerung unterstützen mußte.

Der Antrag des Oberstaatsanwalts.

Der Oberstaatsanwalt beantragte unter Zustimmung mildernden Urkunde gegen Dechant eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren, in die die Unterlassungshaft von ungefähr zehn Wochen eingeschoben werden soll. Gegen Dechant wurde eine Gefängnisstrafe von einem Jahr beantragt. In diesen Antrag schloßen sich die Advokaten der drei Anwälte, die bis in die späten Abendstunden andauerten.

nischen Lebensmittel für die deutsche Ernährung freigegeben wurden. Er hat damit unendlich viel Not gelindert. Die in deutschfeindlichen Blättern gegen eine Beteiligung geführte heftige Agitation hat ihn wie die anderen amerikanischen und viele Gelehrte anderer Länder nicht zu beirren vermocht.

Verfehlte Agitation.

Rektor Groh ging hier etwas auf die Agitation ein, die hauptsächlich mit dem Argument arbeite, man beabsichtige in Deutschland mit der Feier eine politische Demonstration. Er wies auf die Gestaltung des Programms hin, die allein schon die Behauptung widerlege. Die Feier ist eine Angelegenheit der Wissenschaft. Sie wird demzufolge auch eingeleitet mit der Internationalen Hochschullehrerkonferenz in der Zeit vom 24. bis 27. Juni. Sie führt die Gelehrtenwelt aller Länder, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zusammen zu gemeinsamen Dienst an der Wissenschaft. Im Jahre 1932 trat diese Konferenz zum erstenmal in Frankfurt statt, und kommt dieses Jahr zum erstenmal nach Deutschland. Während des Heidelberger Jubiläums wird den Gelehrten Gelegenheit gegeben, Einblicke in eine deutsche Lehr- und Forschungsstätte zu tun und ihnen ausserordentlich künftige und künftige Genüsse zu bieten. Die Stadt Heidelberg veranstaltet zur Eröffnung der Feier die Ausstellung „Heidelberg, Vermächtnis und Aufgabe“. Weiter ist Gelegenheit zu Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung gegeben.

Wenn nun schon von Propagandaabsichten gesprochen wird, so wären sie sicher von den vielen Ausländern wahrgenommen worden, die in Heidelberg und anderen deutschen Hochschulen studieren. Sie fühlen sich aber offenbar in Deutschland auf und seinen Hochschulen wohl und unbehelligt. Der Rektor stellt hierzu fest, daß die Zahl der ausländischen Studierende von 1913 bis zum Jahr 1934 fast verdoppelt worden ist. Der Anteil der ausländischen Schüler an der Zahl der Studierenden ist von 1913 bis zum Jahr 1934 von 10 auf 20 Prozent gestiegen. Die Heidelberger Universität weist die am stärksten besuchten Ferienkurse in Europa auf.

Teilnahme der Reichsregierung.

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung des Reiches an dessen ältester Universität lebhaftesten Anteil nimmt und sich an ihrer Feier beteiligt. Die Teilnahme der Reichsregierung wird von der Universität als die höchste Auszeichnung empfunden. Mit ihr freut sich die ganze Bevölkerung, während dieser Tage führende Männer des Reiches bei sich begrüßen zu können. Die Reichsregierung wird den Gästen des Jubiläums einen Empfang zu leisten, um ein Bekenntnis zur deutschen Wissenschaft abzugeben, die im neuen Reich eine Unterstützung gefunden hat wie durch keine Regierung zuvor.

Sinn und Bedeutung aller Veranstaltungen liegen darin, die persönliche Fühlungnahme innerhalb der Gelehrtenwelt und den nie unterbrochenen wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu fördern. Auch von unserer Seite ist es immer gepflegt worden. Wir haben in diesem Semester mehr als 25 Gelehrte ins Ausland gelandt.

Weg zu gegenseitiger Achtung.

Auf der 550-Jahrfeier sollen sich, so sagt Rektor Groh am Schluß, die Gelehrten aus aller Welt näher kennen, verstehen und achten lernen. So soll und wird, wie ich hoffe, das Fest den Erfolg haben, die gegenseitige Achtung zu fördern und den Willen, miteinander an dem Ausgleich zwischen den Völkern zu wirken, beleben.

— das kein Kunstwerk mehr ist, weil es keine innere Ordnung mehr hat. Es ist nur noch ein durch die Baupolizei geordnetes Chaos. Die Stadt verliert jeden geistigen Ausdruck, sie wird nur noch technisches Unterdrückungsmittel der durch die Industrie angeführten Menschenmassen. Der rationalistische Geist des ungebildeten Menschen (sich Naturwissenschaften und Technik) übertrug den Tag des 19. Jahrhunderts, aber der Kunst, der Schönheit der Religion, blieb kein Raum zu leben mehr übrig. Es wäre wohl auch zu viel vom menschlichen Geist verlangt, daß er beides gleichzeitig bewältigen könnte.

Wenn wir heute das liberalistische Weltbild bekämpfen, so tun wir uns am besten mit dem bewussten Hinblick auf die chaotische Stadt des 19. Jahrhunderts — aber eine Rückkehr in eine Zeit ohne Technik gibt es nicht. Es gilt nur dem Geistigen wieder den Platz zu erobern, der ihm gehört, es gilt wieder die Stadt zu einer Ordnung zu gestalten, es gilt wieder die Schwächen der Gegenwart zu überwinden, das formende Prinzip der neuen Stadt.

Der neue Wohnungsbau ist wieder auf dem Wege dazu, die planlose Einordnung des Einzelnen in die Gesamtheit zu erringen; das Ziel ist jedenfalls erkannt. Die in dem formalen Wust der Mietskasernen völlig ermüdete Gestaltungsmöglichkeit der öffentlichen Bauten bekommt wieder den höchsten Sintergrund, vor dem erst Würde und Ernst zu sprechen vermögen. Schlichte, geliebte Handwerkskunst ist gefordert an den Gestaltungen der Hochperioden deutscher Kultur, insbesondere der des Mittelalters, muß wieder gelebt und gelernt werden. Die kirchliche Baukunst wird nicht mehr die Rolle wie im Mittelalter spielen, aber wie kein anderer Bereich des Bauens verpflichtet der religiöse zu handwerklicher Vertiefung, wie sie nur das Mittelalter gekannt hat.

Es ist für den Lebenden schwer, so sagte der Redner zum Schluß, schon heute einen Lebensstil über keine eigene Zeit zu gewinnen; wenn wir aber mit allem Kulturschaffen geistigsten Blick das Heute übersehen, was heute in Deutschland gebaut wird, so sehen wir darin Grundzüge von etwas Neuem, das da werden will. Wir sehen eine neue Ordnung im baulichen Gestalten heranwachsen, die anders aussehen wird als die Ordnung der mittelalterlichen Bürgerstadt und anders als die der barocken Fürstentum, aber doch wertvolle Wege unserer alten Baukunst in die neue Zeit herüberzutreten wird.

Der Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und Ungarn.

DNB, Budapest, 24. Juni.

Die am 10. Juni d. J. in Budapest begonnenen Verhandlungen des deutschen und des ungarischen Regierungsausschusses für die deutsch-ungarischen Wirtschaftsverhältnisse haben ihren Abschluß gefunden.

Den Gegenstand der in freundschaftlichem Geiste geführten Verhandlungen bildete das Gebiet des gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs. Einige wichtige Fragen der ungarischen Ausfuhr nach Deutschland wurden in einer der ungarischen Interessen entsprechende Weise gelöst. Auf der anderen Seite wurden zum Zwecke des Ausgleiches des beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs ungarischerseits neue Möglichkeiten eröffnet, um die deutsche Ausfuhr nach Ungarn zu steigern.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen bildete der ungarische Reiseverkehr nach Deutschland anlässlich der im August d. J. stattfindenden olympischen Spiele. Es wurde für die in Betracht kommende Reisezeit eine Sonderregelung in der Weise getroffen, daß ungarische Reisende Reichsmark bis zum Betrage von 600 RM im Monat ohne das sonst übliche Devisen-Aufgebot erwerben können.

Die größte Anlage der Welt für Kurzwellenrundfunk.

▼ Berlin, 24. Juni.

Wenn am 2. August im Reichssportfeld die olympischen Wettkämpfe beginnen, warten auch die Ueberseeländer gespannt auf das Ergebnis jedes einzelnen Kampfes. Die deutsche Reichspost hat durch die größte Anlage der Welt dafür gesorgt, daß der deutsche Kurzwellenrundfunk dieser Aufgabe voll und ganz gewachsen ist. Die Anlagen in Berlin wurden erweitert. Darüber hinaus ist eine vollkommen neue Anlage entstanden. Nicht nur die Zahl der Sender ist erhöht, auch die Leistung der einzelnen Sender ist soweit gesteigert worden, wie es technisch im Augenblick möglich ist.

Im Juli vergangenen Jahres wurde mit dem Bau zweier neuer Senderhäuser mit umfangreichen technischen Einrichtungen begonnen. Zum Beginn der Olympiade werden alle neuen Einrichtungen zum Betrieb bereit sein. Jedes der beiden neuen Häuser steht im Schwerpunkt einer Richtstrahlantenne. Die eine Anlage dient im besonderen dem eigentlichen Kurzwellenrundfunk, während die andere den „Spa-Dienst“ (internationaler Programmaustausch) vorsehen ist. Beide Antennenanlagen strahlen die elektrischen Wellen nach Nord-, Mittel- und Südamerika, nach Afrika, nach Süd- und Ostasien aus. Da die Kurzwellen nur zu bestimmten Jahres- und Tageszeiten günstige Uebertragungsbedingungen erfüllen, müssen für jede Richtung zwei bis drei Wellen vorgegeben sein. Zu den 10 bereits vorhandenen Richtstrahlen sind 11 neue hinzugekommen.

In jedem der beiden Häuser sind Kurzwellensender in ausreichender Zahl mit je 40 KW-Telephonleistung aufgestellt worden, was nur durch gewaltige vorbildliche Leistungen der deutschen Funktechnik in der Röhrenherstellung, in der Durchbildung der Senderteile und der Modulation zu lösen war. Der deutschen Funktechnik gebührt besondere Anerkennung, daß sie in so kurzer Zeit solche Sender entwickelt, hergestellt und aufgebaut hat.

Ein Mittelwellen-Rundfunksender arbeitet tagaus tag ein mit derselben Welle auf die gleiche Antenne. Bei den Kurzwellensendern dagegen werden während des Tages Antenne und Welle öfters gewechselt. Um im Betrieb das schwierige Schalten zu erleichtern, sind die neuen Sender so gebaut, daß sie die Wellenmittel doppelt enthalten. Während der Sender auf der einen Welle arbeitet, werden die zweiten Wellenmittel für die nächste Welle bereits vorbereitet. Die Umschaltung wird dadurch erheblich verkürzt.

Bei dem häufigen Wechsel von Richtung und Welle ist eine ausgebreitete Ueberwachungsanordnung erforderlich. In den Strahlengang jeder einzelnen Richtung wird ein kleiner „Empfangsspol“ gestellt, dessen Empfang nach dem zugehörigen Senderhaus zurückgeleitet und nach Verstärkung auf einen Ueberwachungsapparat gegeben wird, der in einer Abhörzelle aus Glas aufgestellt ist. Außerdem wird der Empfang über Kabelleitungen der Reichs Rundfunk-Gesellschaft zur Mitbeobachtung zugeführt.

In jedem Haus befindet sich eine Hochspannungsverteilung und Schaltanlage. Sie ist mit neuzeitlichen Expansionshalbleitern ausgerüstet. Der jeweilige Schaltzustand ist aus einem Leuchtschaltbild erkennbar. Bei den neuen Anlagen fällt auf, daß im Gegensatz zu den älteren wenig Maschinen Verwendung finden. Das kommt daher, daß die Maschinen größtenteils durch Gleichrichter ersetzt wurden. Jedes der Häuser enthält zahlreiche glühende Röhren, die in mehreren Reihen aufgestellt sind. Nur ein einziger Maschinepaar ist für den Betrieb jedes Senders nötig. Die Leistungsfähigkeit der Kurzwellensender enthalten wassergefüllte Röhren. Für die dauernde Bereitstellung des erforderlichen Kühlwassers sorgt eine umfangreiche Kühlanlage mit vielen Pumpen, kupfernen Gegenstromkühlern und riesigen Reservoir für die Wasseraufbereitung.

Vom Blitz getötet.

DNB Augsburg, 24. Juni.

Während eines schweren Gewitters, das am Dienstag nachmittag über Mering niederging, schlug ein Blitzstrahl in eine Holzhitze, in der neun Arbeitsbediensteter des dortigen Arbeitsdienstlagers vor dem Regem Schutz gesucht hatten. Ein 21-jähriger Arbeitermann, Spengler Johann Heislinger aus Burgau, wurde getötet, zwei Arbeitsbediensteter erlitten Verletzungen. Die übrigen, die sich in der Hütte befanden, wurden betäubt.

Schwere Unwetter in Paris

Der „Baum des Friedens“ vom Blitz zerschmettert.
50 Verletzte.

DNB Paris, 24. Juni.

Der „Baum des Friedens“ wurde am Dienstagabend bei einem ungewöhnlich schweren Gewitter in einem Pariser Park vom Blitz getroffen. Mit gewaltigem Krachen stürzte der Baum auf einen Musikpavillon, in dem viele Frauen und Kinder vor dem Regen Schutz gesucht hatten. Der Pavillon brach zusammen und Kinder wurden getötet. Es wurden etwa 50 Frauen und Kinder verletzt. Sie wurden von der Feuerwehr in Krankenhäuser gebracht, aus denen sie jedoch größtenteils nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden konnten.

Das Unwetter hat auch sonst im Stadtgebiet von Paris ganz beträchtliche Schäden verursacht. Hunderte von Kellern wurden überflutet. Große Wassermengen drangen in verschiedene Untergrundbahnstämme ein, wodurch der Verkehr stellenweise für Stunden lahmgelegt wurde. Verschiedentlich mußte die Feuerwehr gerufen werden, um die Fahrgäste aus den überfluteten Untergrundbahnhöfen herauszuholen. Zahlreiche Bäume wurden durch die Gewalt des Sturmes abgeknippt. In manchen Straßen von Paris fand das Wasser bis zu einem Meter Höhe. Im Wald von Vincennes konnten etwa zehn Personen, die mit ihren Kindern von den Wasserbecken eingeschlossen waren, nur mit Hilfe der Feuerwehr befreit werden. Eine Vorortbahnstrecke wurde über einen Kilometer Länge überflutet, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Bei einem Bruch der Straßenbahnoberleitung erlitten drei Personen durch die Kurzschluß-Ströme leichte Brandwunden.

